

Niederschrift  
der 02. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport

Sitzungsdatum: Dienstag, den 23.02.2016  
Beginn: 16:15 Uhr  
Ende 17:45 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

**Anwesend:**

stellv. Vorsitzende/r

Frau Ann Christin von Allwörden  
Frau Nicole Dibbern

Mitglieder

Frau Ute Bartel  
Frau Dr. Heike Carstensen  
Frau Friederike Fechner  
Frau Kathrin Ruhnke  
Frau Margret Schüler  
Herr Maximilian Schwarz

Vertreter

Herr Michael Philippen Vertretung für Herrn Maik Hofmann

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Holger Albrecht  
Frau Kathi Gutsmuths  
Frau Andrea Herrmann  
Herr Dr. Burkhard Kunkel  
Herr Jörn Tuttlies

Gäste

Herr Friedrich Smyra  
Herr Benjamin Fischer  
Herr Jürgen Kräplin  
Herr Dr. Weckbach

**Tagesordnung:**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport vom 26.01.2016
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Schulkapazitäten ausbauen  
Einreicherin: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0160/2015

- 4.2** Bürgerschaftsbeschluss Nr.: 2014-VI-06-0130 zur Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2025  
Vorlage: ZU 0001/2015

Bewerbung Stralsunds als Kulturhauptstadt Europa 2025  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: AN 0273/2014

- 4.3** Konzept zum Eisenbahnmuseum

- 4.4** Sachstand Sportförderrichtlinie

- 4.5** Umsetzung "Einarbeitung Ehrenamt in Strelapass" -  
Sachstand

Bürgerschaftsbeschluss Nr.: 2014-V-02-1110 zur Einführung einer Ehrenamts-  
card  
Vorlage: ZU 0041/2014

- 5** Verschiedenes

- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von  
Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses Bildung, Hochschule, Kultur und Sport sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die stellv. Ausschussvorsitzende Frau von Allwörden geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

#### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Frau von Allwörden gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 4.3 zurückgezogen wird.

Die Tagesordnung wird mit den vorgenannten Änderungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenhaltungen

#### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport vom 26.01.2016**

Die Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport wird ohne Änderungen und Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenhaltungen

#### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

#### **zu 4 Beratung zu aktuellen Themen**

##### **zu 4.1 Schulkapazitäten ausbauen**

**Einreicherin: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion**

**Vorlage: AN 0160/2015**

Herr Tuttlies stellt ausführlich die Schulentwicklungsplanung anhand von Präsentationen vor. Die Präsentationen sind als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Auf die Frage von Frau Bartel informiert Herr Tuttlies, dass die in der Präsentation genannten Schülerzahlen keine Migranten enthalten. Die Flüchtlingssituation sei nicht von Dauer und der Bau eines Schulgebäudes, welches nach Fertigstellung auf 80 Jahre Haltbarkeit ausgerichtet ist, ist für eine momentane Problemlösung nicht geeignet.

Frau Bartel erfragt, ob die Allende-Schule nutzbar gemacht werden könnte und welche Kosten hierfür entstehen würden. Weiterhin informiert sie sich, wo ein Grundstück für die Errichtung eines neuen Gebäudes sei und in welcher Höhe die Kosten dafür liegen würden. Herr Tuttlies erläutert, dass ein Abriss der Schule nicht zwingend notwendig sei und ein Umbau nach dem Vorbild der Sarnow-Grundschule möglich sei. Für den Umbau der Sarnow-Schule waren etwa 4,3 Mio. EUR notwendig, womit auch beim gleichen Vorhaben der Allende-Schule zu rechnen sei. Ebenso gibt es zwei an das Grundstück des Goethe-Gymnasiums angrenzende Flächen, welche durch die Verwaltung im Fokus der Betrachtung sind.

Zur Frage von Frau von Allwörden schildert Herr Tuttlies, dass die Planung nicht abschließend sei und die Präsentationen für den Überblick zur Schulkapazitätssituation sind. Es werden noch weitere Gesichtspunkte herangezogen, um ein nachhaltiges Ergebnis erzielen zu können.

Frau Dibbern erkundigt sich, ob die gezeigte Präsentation zugänglich gemacht wird. Herr Tuttlies teilt mit, dass dies geschehen wird.

Die Ausschussmitglieder haben keine weiteren Fragen.

##### **zu 4.2 Bürgerschaftsbeschluss Nr.: 2014-VI-06-0130 zur Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2025**

**Vorlage: ZU 0001/2015**

Herr Dr. Kunkel trägt zunächst den Inhalt des Antrags dieser Vorlage vor. Er erörtert, dass das Gespräch mit der Bundesregierung stattgefunden hat, es jedoch seitens der Regierung gegenwärtig kein Büro für Bewerbungen gibt. Eine solche Kontaktstelle wird ab 2019 einberufen. Des Weiteren wurde die Einbeziehung der Hansestadt Wismar geprüft, welche durch die gemeinsame schwedische Vergangenheit mit Stralsund verbunden ist. Stralsund mit der Region Pommern sollte sich dennoch allein bewerben, da die Region mit Wismar zusammen andernfalls zu großläufig wäre, um gute Erfolgchancen zu haben. Am 10.03.2016 findet ein Workshop für die Bestandsaufnahme von Kultur in der Region um Stralsund statt, um kulturelle Netzwerke zu verstärken und zu vertiefen. Hierzu eingeladen sind viele Kulturträger aus der Region Pommern.

Herr Schwarz merkt an, dass das Konzept der Bewerbung „Stralsund für Pommern“ eine gute Idee sei.

Auf die Frage von Frau Fechner erläutert Herr Dr. Kunkel, dass die Mitglieder dieses Ausschusses zum Workshop willkommen sind. Ferner ist die PR-Managerin der Kulturhauptstadt Graz und Umgebung eingeladen, welche ebenso an der Arbeit der Kulturhauptstadternennung von „Marseille Provence“ beteiligt war. Diese wird Referentin sein und nachmittags den Arbeitskreis begleiten. Zusätzlich werden weitere kompetente Referenten anwesend sein.

Frau Dibbern informiert sich, ob es so einen Workshop bereits in der Vergangenheit gab und inwiefern Wismar hierbei mit einbezogen ist.

Herr Dr. Kunkel führt aus, dass es seines Erachtens nach noch keinen Workshop dieser Art gab und Wismar aufgrund der geografischen Entfernung nicht mit einbezogen ist.

Zur Frage von Frau von Allwörden teilt Herr Dr. Kunkel mit, dass eine Zusammenarbeit mit der Kommunalgemeinschaft „Europaregion Pomerania e.V.“ geplant ist. Viel Unterstützung bei der Arbeit wurde durch die Abteilung Maschinenbau der Fachhochschule Stralsund geleistet, da hier eine große Menge an Informationen über die Strukturentwicklung der Region Pommern zusammengetragen wurde. Verantwortlich für finanzielle Mittel ist die Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH.

Frau Dr. Carstensen wünscht sich Einladungen der Kunst- und Kulturräte Vorpommern-Greifswalds und Vorpommern-Rügens.

Frau Fechner erläutert, dass fünf Maschinenbau-Studenten im Rahmen des Kurses Projektmanagement über zwei Semester die ausführlichen und hilfreichen Informationen gesammelt haben.

Herr Philippen äußert sich kritisch über die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas, da viel Aufwand dafür betrieben wird und ein Erfolg fragwürdig sei. Das Thema Kultur kostet reichlich Geld und es gäbe andere Bereiche, die dieses nötiger hätten.

Herr Albrecht unterstreicht, dass selbst bei einer erfolglosen Bewerbung nachhaltige Kooperationen mit Städten und Vereinen dieser Region aufgebaut und Vernetzungen geschaffen werden. Dies hat den Vorteil, dass man Kenntnis über das gesamte kulturelle Angebot erlangt und gemeinsam für die Region werben kann.

Frau von Allwörden und Frau Bartel merken an, dass sie dem Thema anfangs kritischer gegenüber standen, jedoch mit Ausweitung der Bewerbung auf die gesamte Region Pommern einverstanden sind.

Frau Fechner teilt abschließend mit, dass Kultur und Wirtschaft zusammenhängen und sich gegenseitig fördern, wodurch die Hansestadt Stralsund einen deutlichen Mehrwert erhalten würde. Als Beispiel nennt sie die Stadt Görlitz, die nach fruchtloser Bewerbung das Vierfache an Touristen hat.

Die Ausschussmitglieder haben keine weiteren Fragen.

#### **zu 4.3 Konzept zum Eisenbahnmuseum**

Unter Tagesordnungspunkt 1 zurückgezogen.

#### **zu 4.4 Sachstand Sportförderrichtlinie**

Herr Tuttlies erläutert ausführlich, dass ein Vorschlag für die Änderung der Entgeltordnung der Sportstätten in Bearbeitung ist, jedoch durch das Novum der Einführung einer Umsatzsteuerpflicht für Hallenvermietungen und andere Sportangebote Schwierigkeiten bereitet. Daher wird auf eine Verwaltungsvorschrift des Ministeriums gewartet. Ab 2021 könnte eine endgültige Regelung getroffen worden sein.

Des Weiteren schildert Herr Tuttlies bezüglich des Themas der Stadtentwicklungsplanung Informationen über die geleistete Arbeit zu den Kapazitäten im Sportbereich. Hierzu wurden unter anderem demografische Entwicklungen, Prognosen, Mitglieder in Sportvereinen der jeweiligen Sportarten, sowie der kommerzielle Sport und Breitensport mit einbezogen und der Ist-Zustand der Sportanlagen bedacht und beurteilt. Ebenso wurden die Wünsche und Kapazitätsauslastungen der Vereine erfragt. All diese Daten sollen in einer Prioritätenliste zusammengefasst werden und zur nächsten Sitzung am 05. April präsentiert werden. Hieran kann dann entschieden werden, ob die bestehenden Kapazitäten reichen oder weiterer Bedarf besteht.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen.

#### **zu 4.5 Umsetzung "Einarbeitung Ehrenamt in Strelapass" - Sachstand**

Frau Hermann teilt mit, dass in der Ausschusssitzung im Oktober 2014 der Antrag mehrheitlich befürwortet wurde, das Ehrenamt in die Zugangsvoraussetzungen des Strelapasses mitaufzunehmen. Ferner führt sie aus, dass der Strelapass für das Vorhaben ungeeignet sei, da er ein Familien- und Sozialpass ist und somit für einen anderen Personenkreis gedacht ist. Vordergründig soll damit Sozialschwächeren der Zugang zum kulturellen und gesellschaftlichen Leben erleichtert werden. Die Ehrenamtcard ist ausschließlich für die Auszeichnung und Würdigung von Ehrenamtlichen gedacht und hat infolgedessen keine Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Aufgaben des Strelapasses. Für die Erweiterung der Würdigung der Ehrenamtlichen empfiehlt sich eine Ergänzung in der Ehrenbürgerrechtssatzung. Recherchen in anderen Bundesländern haben ergeben, dass in Bezug zur Ehrenamtcard typischerweise die zuständige Organisation einen Ehrenamtlichen vorschlägt, welcher seit mindestens drei Jahren keine anderweitigen Ausgleichszahlungen erhalten haben muss. Die ausgehändigte Ehrenamtcard ist für drei Jahre gültig. Der Zuständigkeitsbereich des Strelapasses ist überwiegend auf Einrichtungen der Hansestadt Stralsund beschränkt und durch eine Erweiterung des Personenkreises, welcher Vergünstigungen für Museen, die Stadtbibliothek und die Musikschule erhält, entstehe ein Widerspruch mit dem Ziel von Mehreinnahmen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung.

Frau Bartel äußert sich dahingehend, dass die Ehrenamtcard für die Stärkung des Ehrenamts gedacht sei. Zudem stimmt sie Frau Hermann hinsichtlich der wirtschaftlichen Gratwanderung zu und ergänzt, dass in Zukunft die Hilfe von Freiwilligen weiter zunehmen wird und man darauf angewiesen sei. Deswegen ist die Ehrenamtcard wichtig und sinnvoll.

Frau von Allwörden fasst zusammen, dass die Einarbeitung des Ehrenamts in den Strelapass nicht empfehlenswert ist und ebenso keine neuen Erkenntnisse zur Ehrenamtcard vorliegen. Sie erkundigt sich bei allen Ausschussmitgliedern, ob eine weitere Beratung gewünscht wird. Frau von Allwörden schlägt vor das Thema an die Fraktionen zur Beratung weiter zu geben.

Auf die Frage von Frau Dibbern informiert Frau Hermann, dass die Änderung der Ehrenbürgerrechtssatzung nicht problematisch sei.

Frau von Allwörden stellt den Antrag auf Verweisung zur Beratung in die Fraktion zur Abstimmung.

Die Ausschussmitglieder haben keine weiteren Fragen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenhaltungen

**zu 5        Verschiedenes**

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

**zu 9        Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen  
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Die Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Beratungsergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

gez. Ann Christin von Alwörden  
stellv. Vorsitzende

gez. Gaby Ely  
stellv. Protokollführung